

EU verlangt Agrar-Subventionen zurück

Die Europäische Kommission verlangt von verschiedenen EU-Staaten insgesamt 346,5 Millionen Euro Agrar-Subventionen zurück. Grund sind fehlende Kontrollen oder Fehler in der Verwendung der Gelder. Wie die EU-Kommission am 16. März laut agrarzeitung.de bekannt gab, sind vor allem Griechenland mit 105,5 Mio. Euro, Polen mit 92 Mio. Euro und Spanien mit 47,5 Mio. Euro betroffen. Griechenland wirft die Kommission vor allem Mängel bei der Verteilung von Subventionen an seine Baumwollproduzenten vor. Polen muss Beiträge zurückzahlen wegen verschiedener Fehler bei den Flächenbeihilfen für 2006 und 2007. Spanien werden mangelnde Kontrollen im Obst- und Gemüsesektor angelastet.

Die EU-Mitgliedstaaten sind in beinahe allen Fällen zuständig für die Zahlung, die Erhebung von

Abgaben und die Rückforderung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen des EAGFL (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft), berichtet agrarheute.com. Mit dem Konformitätsabschluss kann die Kommission vor Ort überprüfen, ob die Mitgliedstaaten die aus dem EAGFL bereitgestellten Mittel vorschriftsmässig verwendet haben. Die Kommission führt jedes Jahr mehr als 200 solcher Kontrollen durch.

Die Verwaltungs- und Kontrollsysteme sind zum Teil recht aufwändig. So werden modernste Verfahren zur Feldkontrolle mittels Luft- oder Satellitenaufnahmen angewendet und die Anträge mit den Angaben in den Datenbanken abgeglichen.

■ lid, 19. März 2010